

Reden und Präsentationen

Aktuelle Perspektiven des internationalen Bankensystems

Generalversammlung der Bankwissenschaftlichen Gesellschaft

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur
Wien, 24. 9. 2008

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr gerne habe ich die Einladung zur Generalversammlung der Bankwissenschaftlichen Gesellschaft angenommen.

"Die größte Weltklugheit besteht darin, den Preis der Dinge zu kennen!" Dieses auf den französischen Moralisten La Rochefoucauld zurückgehende Bonmot aus dem 17. Jahrhundert könnte ebenso gut von einem Banker unserer Tage stammen, der angesichts der Illiquidität der Märkte und der gewachsenen Skepsis gegenüber der Zuverlässigkeit von Bewertungsmodellen vor der Aufgabe steht, sein strukturiertes Kreditportfolio zu bewerten. Doch wie ist unser imaginärer Banker in diese Schwierigkeiten gekommen? Lassen Sie mich zur Beantwortung dieser Frage zunächst auf die aktuellen Entwicklungen im internationalen Bankensystem eingehen.

1. Aktuelle internationale Finanzmarktentwicklungen

Die internationalen Finanzmärkte wurden in der jüngsten Vergangenheit wesentlich von den seit rund einem Jahr anhaltenden Finanzmarkturbulenzen geprägt. Auch der österreichische Finanzsektor konnte sich von den internationalen Entwicklungen nicht gänzlich abkoppeln, wenngleich die Auswirkungen dieser Turbulenzen deutlich geringer ausfielen als in anderen Ländern. Interessant ist jedoch, dass durch die zunehmende Verflechtung der internationalen Finanzmärkte Turbulenzen eines relativ kleinen Teilsegmentes des Finanzmarktes – im aktuellen Fall des sub-prime Bereiches US-amerikanischer Hypothekarkredite – auch auf andere Gebiete des Finanzmarktes übergriffen und letztlich erhebliche Auswirkungen auf das globale Finanzsystem hatten.

Maßgeblich beteiligt an der Ausbreitung der jüngsten Turbulenzen waren innovative und komplexe strukturierte Finanzprodukte, die eine einfache Übertragung des Kreditrisikos vom sogenannten Originator an verschiedene Investoren ermöglichen.

Damit wurde in vielen Fällen das traditionelle „Originate to hold“ Geschäftsmodell der Banken, bei dem Kredite vergeben und in der Regel bis zur Fälligkeit in den Büchern gehalten werden, von einem „Originate to distribute“ Modell abgelöst, bei welchem nach der Originierung das Kreditrisiko verbrieft und an Investoren weiterverkauft wird.

Die Bedeutungszunahme des Geschäftsmodells „Originate to distribute“ und die zunehmende Komplexität von Finanzinstrumenten waren in den Jahren vor den Finanzmarkturbulenzen unter anderem durch eine aggressive Suche nach Erträgen („hunt for yield“) in einem globalen Umfeld hoher Liquidität verursacht, wodurch auch das Risikobewusstsein vieler Finanzmarktakteure negativ beeinflusst wurde. Diese Faktoren führten weiters zu einer Zunahme des Leverage in einigen Segmenten des internationalen Finanzmarktes, und in den USA insbesondere zu einer Ausweitung der Vergabe von Hypothekarkrediten an Kreditnehmer geringer Bonität. Mit dem Anstieg der Kreditausfälle von Hypothekarkrediten im sub-prime Segment wurden – wie ja mittlerweile hinlänglich bekannt ist – die aktuellen Finanzmarkturbulenzen eingeleitet und damit letztlich auch die teilweisen Fehlentwicklungen des derzeitigen „Originate to distribute“ Geschäftsmodells der Banken offensichtlich.

Durch die geringe Transparenz der innovativen Finanzmarktprodukte, die damit verbundene Unsicherheit über die Höhe und Verteilung von Risiken und Verlusten und den daraus resultierenden Vertrauensverlust kam der Interbankenmarkt stark unter Druck, und die Finanzinstitute gewährten einander nur zögerlich Kredit. Weltweit stellten und stellen die Zentralbanken daher den Marktteilnehmern Liquidität zur Verfügung und sahen sich darüber hinaus zum Teil auch veranlasst, ihre Politik bezüglich des Teilnehmerkreises und der akzeptierten Sicherheiten bei Offenmarktoperationen zu modifizieren. Im Rahmen der Turbulenzen kam es auch zu einer verstärkten Kooperation der Zentralbanken, zu Beginn im Rahmen eines erweiterten Informationsaustausches und Monitorings von Marktentwicklungen und später im Rahmen von multilateral abgestimmten Liquiditätsoperationen. Durch die rasche und koordinierte Vorgehensweise v.a. auch der EZB konnte eine gewisse Stabilisierung der Märkte in diesen turbulenten Zeiten erreicht werden.

Darüber hinaus zeigte sich im Rahmen der Finanzmarkturbulenzen auch die Notwendigkeit eines intensiven Informationsaustausches zwischen den Aufsichtsbehörden und den Zentralbanken, um auf allfällige Probleme rasch und angemessen reagieren zu können. Vor diesem Hintergrund möchte ich auch die stärkere operative Einbindung der Oesterreichischen Nationalbank in die Bankenaufsicht im Zuge der Finanzmarktaufsichtsreform positiv hervorheben. Auch auf EU Ebene ist sicherzustellen, dass der Informationsaustausch zwischen Aufsicht und Zentralbanken im Interesse einer effizienteren Verbindung zwischen Einzelbank- und Finanzmarktstabilitätsanalyse sowie einer verbesserten Krisenprävention jederzeit gewährleistet ist und bestehende rechtliche Hindernisse ausgeräumt werden.

In den letzten Monaten und vor allem in den letzten Tagen und Wochen war das internationale Finanzsystem trotz der laufenden Anpassungen der Finanzmärkte und der Zentralbankoperationen weiterhin von zum Teil sehr hoher Unsicherheit geprägt, welche durch die Ereignisse rund um Lehman Brothers und AIG zu einer (temporär) sehr schwierigen und ernsten Situation für das amerikanische, aber auch das globale Finanzsystem geführt haben. Das rasche, konzertierte und entschlossene Eingreifen von Zentralbanken, der US-Regierung, internationalen Aufsehern, wie auch kapitalkräftigen Universalbanken (z. B. Bank of America, Barclays), führte zu einer – vorerst noch nicht gefestigten – Stabilisierung des internationalen Finanzsektors. Eine Verschlechterung des globalen Wirtschaftsausblicks, hohe Inflationsraten und negative Unternehmensergebnisse sowie weiterhin fallende Häuserpreise in den USA und in einigen europäischen Ländern (insbesondere in Irland, Spanien und Großbritannien) werden auch in der nächsten Zeit einen negativen Einfluss auf den Finanzsektor ausüben, und lassen aus meiner Sicht keine schnelle Trendwende erkennen. Global sind im Bankensektor derzeit eine Verschlechterung der Kreditqualität auch von Nicht-Hypothekarkrediten, weiterhin hohe Wertberichtigungen und Abschreibungen, Ertragseinbußen in einigen Geschäftsfeldern, gestiegene Refinanzierungskosten sowie erhöhte Interbankenzinssätze zu beobachten. Auch die Aktienkurse von Finanzinstitutionen stehen auf Grund der jüngsten Entwicklungen, trotz der in vielen Fällen erfolgreichen Rekapitalisierungen mit Hilfe von staatsnahen asiatischen und arabischen Fonds, weiter unter Druck.

2. Österreichische Banken und die Entwicklung in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie haben sich nun die Finanzmarkturbulenzen auf Österreich ausgewirkt? Wie bereits erwähnt, sind – verglichen mit US-amerikanischen oder auch etlichen namhaften europäischen Banken – die österreichischen Kreditinstitute von der Krise in direkter Weise nur in recht geringem Ausmaß betroffen. Aus Umfragen der österreichischen Nationalbank bei den 30 größten heimischen Banken geht hervor, dass sich bis Jahresende 2007 ein Wertberichtigungsbedarf auf strukturierte Kreditprodukte von knapp über einer Milliarde EUR ergeben hat, der fast zur Gänze den sechs größten Instituten zuzuordnen ist. Für das erste Quartal 2008 belief sich dann der Abwertungsbedarf dieser sechs Banken nochmals auf fast 800 Mio. EUR, für das zweite Quartal war der Abwertungsbedarf mit circa 150 Mio. EUR deutlich geringer. Die eNB-Umfragen haben auch ergeben, dass die Wertberichtigungen fast ausschließlich auf gesunkene Marktwerte zurückzuführen sind: Bis Ende des Jahres 2007 beliefen sich die tatsächlichen Ausfälle bei strukturierten Kreditprodukten auf 150 Mio. EUR und in der ersten Hälfte des Jahres 2008 auf knapp 50 Mio. EUR.

Anlässlich der Insolvenz von Lehman Brothers hat die eNB zu Beginn der vergangenen Woche eine weitere Umfrage bei den größten heimischen Bankengruppen durchgeführt. Diese Erhebungen haben ergeben, dass sich die Engagements der österreichischen Institute bei Lehman Brothers in einem begrenzten Rahmen bewegen. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass dieser jüngste Höhepunkt der Verwerfungen am US-amerikanischen Finanzmarkt keine direkte Gefährdung für die Stabilität des österreichischen Bankensystems darstellt.

Einen wesentlichen Grund dafür, dass das österreichische Bankensystem ein relativ geringes Exposure gegenüber den von den Finanzmarkturbulenzen hart getroffenen Asset-Klassen aufweist, stellt seine starke Ausrichtung auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa dar. Auf die Entwicklungen in dieser Region möchte ich später noch zurückkommen.

Lassen Sie mich zunächst aber festhalten, dass die Finanzmarkturbulenzen – abgesehen von den direkten Verlusten – auch andere, indirekte Auswirkungen auf die österreichischen Banken gehabt haben. So haben sich Refinanzierungen auf dem Interbankenmarkt auch für die heimischen Institute schwieriger gestaltet, außerdem bescherte ihnen die höhere Volatilität seit Ausbruch der Turbulenzen im Sommer 2007 deutliche Einbußen im Handelsgeschäft und im Provisionsgeschäft. Die direkten und indirekten Folgen der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten schlugen sich auch im unkonsolidierten – also auf Österreich bezogenen – Betriebsergebnis der heimischen Banken im ersten Halbjahr 2008 nieder: Diese verzeichneten im Vergleich zum vergangenen Jahr einen Rückgang um 11% – bzw. in absoluten Zahlen um 360 Mio. EUR – auf 2,9 Mrd. EUR.

Eine weitere Folge der Finanzmarkturbulenzen ist die Beschleunigung des Einlagenwachstums. Diese Entwicklung hat bereits im ersten Halbjahr 2007 begonnen und wurde durch die Finanzmarkturbulenzen noch verstärkt. So blieb das Einlagenwachstum – das von den Termineinlagen getragen wird – im zweiten Quartal 2008 robust bei ca. 10% p.a. Das Wachstum der Kundenforderungen lag demgegenüber im Bereich von 5%.

Aus Sicht der Gesamtstabilität stellt der verstärkte Trend in Richtung Einlagen eine tendenziell willkommene Entwicklung dar, weil dadurch die im Zuge der Finanzmarkturbulenzen verschärften Refinanzierungsbedingungen auf dem Euro-Geldmarkt teilweise kompensiert und die Abhängigkeit von der volatilen Geldmarktfinanzierung reduziert werden konnte. Die Kehrseite dieser Medaille ist freilich, dass das Einlagenwachstum darauf zurückzuführen ist, dass Kapitalmarktprodukte für Anleger geminderte Attraktivität haben, ein Umstand, der die Ursache für das gesunkene Provisionsergebnis der Banken darstellt.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, die bereits skizzierte Entwicklung des unkonsolidierten Betriebsergebnisses in der ersten Jahreshälfte nun noch mit einigen Zahlen unterlegen: Zum Rückgang um 360 Mio. EUR gegenüber der ersten Hälfte des Vorjahres haben das Handelsergebnis mit einem Rückgang um über 400 Mio. EUR sowie das Provisionsergebnis mit einem Rückgang um rund 300 Mio. EUR maßgeblich beigetragen. Im Gegensatz dazu war das Zinsergebnis trotz sinkender Zinsspanne mit einem Zuwachs um über 400 Mio. EUR weiterhin auf Wachstumskurs. Auch die Beteiligungserträge sowie die sonstigen betrieblichen Erträge konnten mit einem Plus von zusammen rund 150 Mio. EUR einen positiven Ertragsbeitrag leisten. Auf der Aufwandsseite kam es hingegen in der ersten Jahreshälfte zu einem Zuwachs um knapp über 200 Mio. EUR bzw. um 4% im Jahresvergleich. Dieser Wachstumswert, der leicht über dem langjährigen Durchschnitt liegt, wurde vom Zuwachs des Personalaufwands getrieben.

In Summe kam es zu einem deutlichen Anstieg der Aufwand-Ertrag Relation auf 65,8%, wodurch frühere Fortschritte in der Senkung dieser Kennzahl zum Teil wieder kompensiert wurden. Hier wird es – so meine ich – in der nahen Zukunft an den Banken liegen, geeignete Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um die Entwicklung der Aufwand-Ertrag Relation unter Kontrolle zu halten.

Als weiterer Spannungspunkt in Hinblick auf sich eintrübende Konjunkturaussichten können die derzeit historisch niedrigen Wertberichtigungsquoten der österreichischen Banken angesehen werden. Mit einem Wert von 2,3% haben die Einzelwertberichtigungen bezogen auf Kundenforderungen tatsächlich einen Tiefpunkt erreicht – so stand diese Quote vor 10 Jahren noch bei 3,5%. Im Fall einer Wende im Kreditzyklus ist somit auch mit relativ rasch steigenden Kreditrisikokosten und einer daraus resultierenden Belastung für die Ertragslage der Banken zu rechnen.

Ein innerhalb des Euroraums einzigartiges Phänomen stellt die hohe Beliebtheit von Fremdwährungskrediten in Österreich dar.

Wechselkursrisiken verbleiben bei dieser Art der Verschuldung zumeist beim Kunden, wodurch den Banken ein zusätzliches Kreditrisiko entsteht, dessen adäquates Management eine herausfordernde Aufgabe darstellt. In diesem Zusammenhang ist aus Sicht der Stabilität des österreichischen Bankensystems positiv festzuhalten, dass die Bedeutung von Fremdwährungskrediten in Österreich bereits seit einiger Zeit abnimmt. Vor allem Unternehmen zeigen einen deutlichen Rückgang beim Fremdwährungsanteil an ihrer Verschuldung. So lag dieser Anteil vor sechs Jahren noch bei fast 19%, zuletzt jedoch nur mehr bei 8%. Ebenfalls rückläufig ist der Fremdwährungskreditanteil bei den privaten Haushalten. Zur Jahresmitte 2008 machten Fremdwährungskredite 29% der gesamten Kredite an private Haushalte aus, das sind zweieinhalb Prozentpunkte weniger als der historische Höchststand, der vor zwei Jahren zu beobachten war.

Als positiv möchte ich auch jene Anzeichen werten, die auf eine allgemeine Verbesserung des Risikobewusstseins der Kreditnehmer hindeuten. So hat sich der Zinsvorteil des japanischen Yen gegenüber dem Schweizer Franken seit dem Jahr 2004 merklich ausgeweitet, der Anteil der Yen-Ausleihungen ist jedoch nahezu konstant niedrig geblieben. Hier dürfte die im Vergleich zum Franken höhere Volatilität des Euro-Yen-Wechselkurses in die Risiko-Ertrags-Überlegungen der Kunden in entsprechendem Ausmaß einfließen.

Lassen Sie mich nun einen Blick auf die für das österreichische Bankensystem so bedeutende Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa – kurz: CESEE – richten. Die Dynamik, mit der die heimischen Banken in diese Märkte expandieren, wird daraus ersichtlich, dass der Anteil der Bilanzsummen der CESEE-Segmente der fünf in der Region aktivsten österreichischen Institute an der konsolidierten Bilanzsumme des heimischen Bankensystems von knapp über 10% im Jahr 2002 auf über 25% im Jahr 2007 gestiegen ist. Ebenfalls beeindruckend war die Steigerung des Beitrags der CESEE-Aktivitäten zum Gewinn der österreichischen Banken: Lag dieser Anteil im Jahr 2004 noch bei 27%, so erreichte er im vergangenen Jahr bereits 43%.

Angesichts der großen Anzahl an Ländern, in denen heimische Bankenkonzerne mit Töchtern vertreten sind, kann von einer breiten Diversifizierung des österreichischen CESEE-Geschäfts gesprochen werden. Innerhalb der letzten drei Jahre hat sich primär durch Übernahmen, aber auch durch unterschiedlich ausgeprägtes organisches Wachstum eine Verlagerung der lokalen Konzentration der Tätigkeiten der österreichischen Institute ergeben. Die zu beobachtende Tendenz geht weg von den 2004 beigetretenen EU-Mitgliedsstaaten hin zu den Mitgliedsstaaten von 2007 sowie zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Der Anteil der beiden letztgenannten Ländergruppen hat sich innerhalb der letzten drei Jahre gemessen an der Bilanzsumme vor Ort tätiger Tochterbanken von 8% auf 31% und gemessen am von diesen Tochterbanken erwirtschafteten Betriebsergebnis von 11% auf 38% erhöht. Dennoch sind die CESEE-Aktivitäten der österreichischen Banken weiterhin fest in der Europäischen Union verankert. Absehbar ist jedoch, dass das zukünftige Ost-Wachstum des heimischen Bankensektors verstärkt außerhalb der Europäischen Union stattfinden wird.

Wie wird sich Zentral-, Ost- und Südosteuropa weiterentwickeln? Die aktuellen Prognosen des IWF gehen zwar für die nächsten beiden Jahre von einem Wachstumsrückgang im Euroraum und in CESEE aus, allerdings wird der realwirtschaftliche Aufholprozesses im Osten anhalten: So soll der Wachstumsvorsprung der Region exklusive der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gegenüber dem Euroraum in den nächsten beiden Jahren zumindest drei Prozentpunkte betragen.

Wie wird Zentral-, Ost- und Südosteuropa bisher die Subprime-Krise bewältigen? Der IWF hat seine Wachstumsprognose für 2008 für CESEE exklusive der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zwischen April 2007 – also der letzten Prognose vor Beginn der Finanzmarkturbulenzen – und Juli 2008 um 0,7 Prozentpunkte gesenkt – also praktisch im gleichen Ausmaß wie jene für den Euroraum.

Demgegenüber wurde die Prognose für die USA um 1,5 Prozentpunkte gesenkt. Gleich, wie gut die Zukunft die Prognosen des IWF bestätigen wird, entspricht der parallele Verlauf der Prognose-Anpassungen für Euroraum und CESEE sehr gut den starken realwirtschaftlichen Verflechtungen zwischen diesen beiden Regionen, die durch einen hohen Anteil des Euroraums an den Gesamtexporten aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa gekennzeichnet sind. Demgegenüber ist der direkte realwirtschaftliche Einfluss der Entwicklung in den USA auf die Entwicklung in CESEE gering.

Dem CESEE-Finanzsektor kann nicht nur aufgrund der nach wie vor soliden realwirtschaftlichen Perspektiven der Region, sondern auch wegen des noch immer geringen Intermediationsgrades ein vielversprechendes Wachstumspotenzial attestiert werden.

Zieht man die Relation Bankenbilanzsumme zu Bruttoinlandsprodukt als Indikator für den Intermediationsgrad heran, zeigt sich dies deutlich: während der Kern-Euroraum einen Wert von rund 300% aufweist, liegt der durchschnittliche CESEE-Wert nicht einmal bei einem Drittel. Für den russischen Markt beträgt der Intermediationsgrad überhaupt nur 53%.

Auf der anderen Seite ist es klar, dass trotz dieses Potenzials die Wachstumsraten unter Kontrolle gehalten werden müssen. Bei der Kreditvergabe sind von den Instituten angemessene Standards anzuwenden, um Risiken zu minimieren und die Nachhaltigkeit des Wachstumsprozesses sicherstellen. Aus Managementgesprächen, die die Oesterreichische Nationalbank regelmäßig mit den österreichischen Großbanken durchführt, geht hervor, dass sich die Institute durchaus bewusst sind, dass sie in diesem Bereich eine besondere Verantwortung tragen und dass die Einhaltung angemessener Standards in ihrem eigenen Interesse liegt.

Freilich ist – wie ich meine – die Bestimmung der adäquaten Wachstumsgeschwindigkeit eine komplexe Aufgabe. Die OeNB ist daher an einem engen Kontakt mit den lokalen Aufsichtsbehörden und Zentralbanken interessiert, um einen Meinungsaustausch über die Aktivitäten der einzelnen Bankensektoren vor dem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund der verschiedenen Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas zu gewährleisten.

3. Internationale und nationale Aufsichtsentwicklungen

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, nach diesem Überblick über die jüngsten Entwicklungen des Finanzsystems, darauf zu sprechen kommen, wie sich die Aufsicht den aktuellen Problemen stellt und welche Initiativen sie plant. Die Ursachen für die jüngsten Finanzmarkturbulenzen wurden in den vergangenen Monaten sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene intensiv analysiert und diskutiert, und es wurden mehrere Ansatzpunkte für notwendige Änderungen und Verbesserungen identifiziert. Dabei führten sowohl Überlegungen von Seiten der Aufsicht und Regulatoren als auch von Seiten der Finanzinstitute selbst zu zahlreichen Verbesserungsvorschlägen, die sich inhaltlich oftmals ergänzen.

So verabschiedete auf internationaler Ebene das Financial Stability Forum (FSF), ein Kooperationsgremium bedeutender internationaler Aufsichts- und Regulierungsinstitutionen, im April 2008 einen Bericht zur Verbesserung bzw. Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und Belastbarkeit einzelner Finanzinstitutionen sowie des gesamten Finanzsystems („Report on Enhancing Market and Institutional Resilience“), auf dessen Basis auch Empfehlungen der G8-Finanzminister ergingen.

Auf EU-Ebene beschloss der ECOFIN-Rat als Reaktion auf die Finanzmarkturbulenzen bereits im Oktober 2007 einen Maßnahmenplan und aktualisierte diese Roadmap im Mai 2008. Der Aktionsplan fokussiert vor allem auf die Erhöhung der Transparenz im Finanzsystem, die Verbesserung von Bewertungsstandards, aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie generell ein reibungsloseres Funktionieren der Finanzmärkte.

Der Finanzsektor – konkret das Institute of International Finance, eine globale Vereinigung von Finanzinstitutionen – stellte im Juli 2008 ebenfalls einen Bericht mit detaillierten Verbesserungsvorschlägen vor („Final Report of the IIF Committee on Market Best Practices: Principles of Conduct and Best Practice Recommendations“). In diesem Bericht werden Handlungsempfehlungen und Best Practice Vorgaben unter anderem in den Bereichen Risikomanagement, Remuneration, Liquiditätsrisiko, Verbriefung sowie Transparenz und Offenlegung gegeben. Im August 2008 legte die Counterparty Risk Management Policy Group – ebenfalls eine Initiative großer internationaler Finanzinstitutionen unter der Leitung von Gerald Corrigan, einem ehemaligen Präsidenten der Federal Reserve New York – Empfehlungen für den Privatsektor zur Abschwächung und Vermeidung künftiger Finanzschocks dar („Containing Systemic Risk: The Road to Reform“).

Einige zentrale Aspekte dieser verschiedenen Initiativen möchte ich im Folgenden besprechen. Die Rolle von Ratingagenturen im Zusammenhang mit Verbriefungen sowie die von ihnen verwendeten Methoden wurden in den vergangenen Monaten intensiv diskutiert und kritisiert. Einerseits bezogen Ratingagenturen einen hohen Anteil ihrer Einnahmen aus der Strukturierung von Verbriefungen, andererseits verließen sich Investoren oftmals ohne weitere Prüfung auf das Urteil von Ratingagenturen und vernachlässigten die eigene Due Diligence. Neben dem Geschäftsmodell geriet auch die Methodik von Ratingagenturen unter Kritik, da einerseits Risiken strukturierter Produkte unterschätzt bzw. oftmals unzureichend dargelegt wurden, und andererseits notwendige Ratinganpassungen nur zögerlich erfolgten. Seitens der Europäischen Kommission werden daher nun konkrete Überlegungen hinsichtlich der Bedingungen für die Zulassung, Tätigkeit und Überwachung von Ratingagenturen sowie in Bezug auf die Vermeidung übermäßigen Vertrauens in die Urteile von Ratingagenturen angestellt, wobei in diesem Zusammenhang noch eine Reihe von grundsätzlichen Fragen – etwa im Hinblick auf die Aufsichtszuständigkeiten – zu klären sind.

Die Erhöhung der Transparenz komplexer Finanzinstrumente sowie auch außerbilanzieller Vehikel sollen zu einem besseren Verständnis dieser Instrumente sowie der Verteilung der Risiken bzw. Verluste im Finanzsystem führen, und das Vertrauen in den Finanzmarkt wiederherstellen.

Die Verbesserung der Bewertungs- und Bilanzierungsstandards komplexer und illiquider Finanzprodukte stellt in diesem Zusammenhang eine weitere zentrale Forderung als Reaktion auf die Finanzmarkturbulenzen dar.

Die Weiterentwicklung des Risikomanagements von Finanzintermediären wird sowohl von Marktteilnehmern als auch von Regulatoren angestrebt, und ist dieser Aspekt auch aus Sicht der OeNB von besonderer Bedeutung. Dabei steht außer Frage, dass die Risikoübernahme eine zentrale Aktivität der Finanzinstitute darstellt und jedes Bankgeschäft mit Risiko verbunden ist. Entscheidend ist jedoch, dass Banken die übernommenen Risiken richtig identifizieren, messen und letztlich auch entsprechende Eigenmittel halten. Ein gutes Risikomanagement ist die beste Voraussetzung für eine effiziente Kapitalallokation und stellt sicher, dass die Banken ihre gesamtwirtschaftliche Rolle langfristig erfüllen können.

Aus aufsichtlicher Sicht erachte ich, meine Damen und Herren, die nachdrückliche Umsetzung der risikobasierten Eigenmittelanforderungen Basel II als Aufgabe hoher Priorität, da durch die neuen Vorschriften einige der in der Finanzmarktkrise aufgetretenen Probleme wohl geringere Auswirkungen gezeigt hätten. In der EU müssen ja alle Banken – wie bekannt – seit Anfang 2008 die mit der sog. Capital Requirements Directive (CRD) umgesetzten Basel II-Regelungen erfüllen. Außerhalb der EU – insbesondere in den USA – wird Basel II demgegenüber derzeit noch nicht angewendet. Insbesondere stellen die nunmehr risikoabhängige Eigenmittelunterlegung von Verbriefungspositionen, der Supervisory Review Prozess (Säule 2) sowie verstärkte Offenlegungspflichten wesentliche Verbesserungen im Vergleich zu Basel I dar. Der eine oder andere punktuelle Adaptierungsbedarf besteht jedoch auch noch an den Basel II-Regelungen, wobei ein diesbezüglicher Richtlinienänderungsvorschlag seitens der Kommission noch im Herbst vorgelegt werden soll.

Die jüngsten Finanzmarkturbulenzen unterstreichen auch die Notwendigkeit einer intensiven Kooperation zwischen den Aufsichtsbehörden. Die Diskussion um eine Weiterentwicklung der europäischen Finanzmarktaufsichtsarchitektur hat vor diesem Hintergrund neuerlich an Bedeutung gewonnen. So werden u. a. immer wieder Überlegungen in Richtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde geäußert, die für die Beaufsichtigung zumindest von grenzüberschreitend tätigen Instituten zuständig sein soll.

Dies setzt aber die Klärung einer Reihe von Vorfragen voraus, insbesondere auch dahingehend, wer im Falle von Banken Krisen die möglicherweise notwendige Finanzierung einer Krisenlösung übernimmt. Darüber hinaus setzt eine solche Behörde jedenfalls ein weiteres Voranschreiten des politischen Integrationsprozesses sowie auch eine stärkere Finanzmarktintegration voraus. Insofern stellt diese Variante ein zwar vorstellbares, jedoch nur längerfristig mögliches Konzept dar.

Als weitere Alternative wird das sogenannte „Lead-Supervisor“ Modell diskutiert, bei dem der „Lead Supervisor“ sämtliche Institute einer Bankengruppe beaufsichtigen und zentrale Kompetenzen übernehmen soll. Die anderen betroffenen Aufsichtsbehörden nehmen in diesem Fall nur mehr eine beratende Funktion ein und verlieren damit weitgehend ihre Kompetenzen. Da letztlich die Verantwortung für die Finanzmarktstabilität und die Finanzierung einer Krisenlösung jedoch in nationaler Kompetenz verbleibt, kann es im Krisenfall zu unklaren Verantwortlichkeiten kommen und eine rasche und effiziente Problembewältigung erschwert werden. Auch kann dieses Konzept aufgrund des Umstands, dass Institute zwar auf ein und demselben Markt tätig sind, jedoch unterschiedlichen Aufsichten unterstehen, zu Wettbewerbsverzerrungen führen.

Derzeit ist aus meiner Sicht daher eine weiter intensiviertere Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden auf Basis der bestehenden Kompetenzverteilung zwischen den zuständigen Aufsichtsbehörden, verbunden mit der Entwicklung einer Art Europäischer Aufsichtskultur durch den Level 3 Ausschuss CEBS (Committee of European Banking Supervisors), der zweckentsprechendste Ansatz. Vor allem der weitere Ausbau der für grenzüberschreitend tätige Bankengruppen eingerichteten „Colleges of supervisors“ soll dabei zu einer höheren Effizienz in der Beaufsichtigung führen.

Während also, meine sehr geehrten Damen und Herren, international sowie auf EU-Ebene zahlreiche Diskussionen zur Bewältigung und künftigen Vermeidung von Finanzmarkturbulenzen laufen, und diese Initiativen natürlich auch Auswirkungen auf den österreichischen Finanzmarkt haben werden, befindet sich die Finanzmarktaufsichtsarchitektur in Österreich insbesondere nach der jüngsten Reform in einer guten Ausgangslage. Die Reform der Finanzmarktaufsicht, die mit 1. Jänner 2008 in Kraft trat, führte zu einer neuen Aufgabenverteilung zwischen OeNB und FMA sowie zu einem erweiterten Finanzmarktstabilitätsauftrag der OeNB. Während die Behördenfunktion der Bankenaufsicht bei der FMA verblieb und die FMA damit den Charakter einer Allfinanzaufsicht behält, werden nunmehr Vorort-Prüfungen und Einzelbankanalysen ausschließlich von der OeNB durchgeführt.

Damit werden Doppelgleisigkeiten beseitigt und es bleibt nur noch eine Schnittstelle zwischen „Fact-finding“ (OeNB) und „Decision-taking“ (FMA) bestehen, die auch innerhalb einer einzigen Aufsichtsinstitution bestehen würde und aktiv gemanaged werden kann; darüber hinaus wird jeweils eine stärkere Fokussierung auf die jeweiligen Kernaufgaben ermöglicht. Für die Banken sollte die Reform dazu führen, dass trotz der zwei Institutionen künftig nur noch ein gesamtheitlicher Aufsichtsprozess unter gemeinsamer Verantwortung von FMA und OeNB besteht.

Im Rahmen ihres durch die Reform ebenfalls erweiterten Finanzmarktstabilitätsauftrags ist die OeNB weiters verpflichtet, alle Umstände zu beobachten, die für die Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind. Dabei stehen der OeNB nun umfangreichere Daten nicht nur aus dem Bankensektor, sondern auch von Nichtbanken-Finanzintermediären (z. B. Versicherungen), zur Verfügung, was künftig eine verstärkt integrierte Finanzmarktstabilitätsanalyse ermöglicht. Eine Schwerpunktsetzung in den Bereichen Risiken für österreichische Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, Kreditrisikotransfer, Liquiditätsrisiko sowie im weiteren Ausbau der Stress-Tests soll dabei eine fokussierte Analyse der Risiken für den österreichischen Finanzsektor ermöglichen bzw. den Geschäftstätigkeiten der Banken und Marktentwicklungen Rechnung tragen. Darüber hinaus soll auch eine intensivere Verschränkung von Einzelbankanalyse und Finanzmarktstabilitätsanalyse im Sinne einer „better marriage“ von Mikro- und Makroanalyse erfolgen, was durch die Ansiedelung sämtlicher Bankenanalyseaufgaben unter einem Dach nunmehr verstärkt ermöglicht wird.

Die institutionellen Aufsichtsarrangements sind nunmehr in Österreich etabliert. Auch das materielle österreichische Finanzmarktrecht weist generell einen hohen Standard auf – was zuletzt auch vom Internationalen Währungsfonds bestätigt wurde. In der einen oder anderen Hinsicht besteht jedoch noch punktueller Adaptierungsbedarf, um auf bestehende Herausforderungen optimal reagieren zu können. So legten FMA und OeNB jüngst zwei legislative Forderungspakete, ein sogenanntes „Off-Balance-Paket“ sowie ein „Aufsichtspaket“, vor, die auf Erfahrungen in der Aufsichtspraxis sowie Erkenntnissen aus den globalen Finanzmarkturbulenzen beruhen. Im Rahmen des sogenannten „Off-Balance-Pakets“ sollen bilanzrechtliche Schlupflöcher geschlossen werden, die in der Vergangenheit zu Problemen geführt haben. Insbesondere die Flucht in Stiftungsmodelle, Zweckgesellschaften, Off-Shore-Zentren und Conduits soll vermieden sowie die risikorelevante Berücksichtigung von Derivaten erreicht werden. Es gilt zu vermeiden, dass wesentliche Aufsichtsinstrumente – wie die Eigenmittelanforderungen und die Großveranlagungsbestimmungen bei Banken – ins Leere laufen. Die Logik des Reformvorschlags der Aufsicht zielt daher nicht auf ein „Verbot“ ab, sondern auf die bilanzielle Erfassung der Risiken und die Einbeziehung in das Risikomanagement der Finanzinstitute.

Demgegenüber ist Umgehungskonstruktionen im Bereich Konsolidierung bzw. Bilanzierung, durch die eine risikogerechte Erfassung von Geschäften unterbleibt, generell ein Riegel vorzuschieben.

Im Rahmen des „Aufsichtspakets“ fordern OeNB und FMA schärfere Maßnahmen, um die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen effektiver und effizienter durchsetzen zu können.

So wird z. B. das Recht auf Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme zur Beweissicherung durch die Aufsichtsbehörde sowie eine Erweiterung von Auskunftsrechten angestrebt, um auch für die (bis dato glücklicherweise eine Ausnahme darstellenden) Fälle eines unkooperativen Verhaltens von Banken entsprechend gerüstet zu sein. Auch die Möglichkeit, im Einzelfall ein höheres Eigenmittelerfordernis anordnen zu können („Capital add on“), soll ausgeweitet und die derzeitige Deckelung von 150% abgeschafft werden. Ziel dieser Bestimmung ist keine „Bestrafung“, sondern die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Institute.

Insgesamt sollen die Maßnahmen dieser Forderungspakete die Effizienz und Effektivität der Aufsicht in Österreich weiter verbessern.

Meine Damen und Herren, die derzeitigen Entwicklungen und Turbulenzen auf den Finanzmärkten stellen alle Finanzmarktakteure vor große Herausforderungen. Erforderlich sind daher sachgerechtes Agieren und in einigen Punkten auch zielgerichtete Verbesserungsmaßnahmen auf nationaler wie auch internationaler Ebene, um die aktuellen Herausforderungen gut zu bewältigen und für die Zukunft entsprechende „Lessons“ zu ziehen.

Verleger, Herausgeber und Hersteller:

Oesterreichische Nationalbank
Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit

Mag. Günther Thonabauer

Tel.: (+43-1) 404 20-6666